# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

**Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt**

Nr. 104 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2540 | Freitag, den 5. Mai 1933


## Die neuen Reichsstände.

Wenn in der Weimarer Verfassung bei ihren Bestimmungen über die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen gesagt wird, daß alle öffentlich-rechtlichen Vorrechte und Nachteile „des Standes“ aufzuheben sind, so hat sie zwar mit dem betreffenden Artikel eigentlich nur den Adelsstand gemeint, getreu ihrem französischen Revolutionsvorbild, aber sie spricht an einer anderen Stelle einem „Stande“ doch wieder öffentlich-rechtliche Vorrechte wenigstens grundsätzlich zu: Dem selbständigen Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel nämlich. Man konnte also selbst damals, als straßauf, straßab gepredigt wurde, daß „alles gleich ist, was Menschenantlitz trägt“, doch nicht an der Wirklichkeit vorübergehen, weningleich aus den Versprechungen, die in jenem Verfassungsartikel dem „selbständigen Mittelstand“ gemacht wurden, niemals viel geworden ist. Man sah und spürte auch damals etwas davon, daß selbst die zerstörende Kraft des wirtschaftlichen Liberalismus, der ebenso wie der politische die letzten Scheidewände zwischen den organisch in jahrhundertelangem Wachstum gebildeten Ständen niederreißen wollte, mit seiner Arbeit doch nicht ganz bis zum Ende gediehen war. Nicht ganz konnte er das Innere und Äußere der „Stände“ vernichten, nicht ganz die Menschen von dem inneren Verhältnis zu seiner Arbeit und seinem Beruf trennen, in dem nun diese Teile unseres Volkes immer noch mehr sahen als nur ein Mittel zum — Geldverdienen.

Der Mittelstand, und zwar weder der landwirtschaftliche, noch der gewerbliche, noch der kaufmännische, hat sich eben vom Marxismus aus der Welt der Wirklichkeit hinwegdekretieren lassen. So schwer er in der Nachkriegszeit zu leiden hatte, so schwere Wunden ihm geschlagen wurden — denn sein Nichtuntergehenwollen widerstritt ja der ganzen sozialistischen Theorie —, so große Teile des Mittelstandes auch durch Inflation und Wirtschaftskrise zerstört wurden, hat all dies es nicht erreichen können, daß dieser Mittelstand als immer noch sehr wichtiger Teil der Wirtschaft ganz vernichtet wurde. Hier drang trotz Einführung der Gewerbefreiheit das liberalistische Denken, das sich damals auch das künftige Weltwirtschaftsbild nur als rein kapitalistisch vorzustellen vermochte, längst nicht bis zu einem völligen Siege vor und ist heute, da sich das Handwerk ebenso wie der Handel und die Bauernschaft zu „Reichsständen“ umgebildet und vereinheitlicht haben, von einem solchen Siege weiter entfernt denn je. Eine berufsständische Neuorganisation ist ja auch für den Reichsverband der deutschen Industrie vorgesehen und es kennzeichnet diese geistige Gärung, diese Opposition gegen die bisherige Entwicklung wohl nichts besser als die Tatsache, daß in diesem Reichsverband schon vor Wochen eine „Rebellion“ des mittleren und namentlich des kleinen Unternehmertums gegen die „Großen“ stattfand, einfach weil jene sich dem Mittelstand viel enger verwandt fühlten und fühlen als dem vielfach ganz „anonymen“ Kapitalismus der Großunternehmungen. Denn der Besitzer des kleinen und mittleren Industriebetriebes ist zugleich dessen verantwortlicher Leiter, für den sein Werk den Lebensinhalt bedeutet.

Dieses dumpfe oder helle Empfinden — trotz aller Gleichmacherei in der vergangenen Zeit —, einem besonderen Stande anzugehören, ist aber gar nicht etwa nur auf die Teile unseres Volkes beschränkt, die sich als Mittelstand fühlen und ihm angehören, sich als solche auch im Wirtschaftskampf durchsetzen. Es war der Sozialdemokratie in der Vor- und Nachkriegszeit immer sehr peinlich, daß sie selbst nie bei ihren eigenen Anhängermassen die Stellungnahme erzwingen konnte, ausschließlich und nur „Proletarier“ zu sein. Es ist z. B. mehr als eine rein finanzielle Maßnahme, daß es für den Bergmann eine eigene Sozialversicherung gab und gibt: die Reichsknappschaft. Die Bergleute fühlten sich als geschlossener Stand, und sie einigte schon etwas „Äußeres“, der Bergmannsgruß. Beim Seemann ist's nicht anders, und es ist gar nicht zufällig, daß gerade diese beiden besonders gefährlichen Berufe die in ihnen Arbeitenden durch ein enges Band zusammenhält. Ja nicht einmal das ist der auf den „Klassenkampf des Proletariers“ eingestellten Sozialdemokratie gelungen, die aus uralten geschichtlichen Entwicklungen vorhandene „Kluft“ zwischen dem gelernten und dem ungelernten Arbeiter zum Schließen zu bringen. Der nach langer Lehrzeit geprüfte „Geselle“ ist trotz der nivellierenden Tätigkeit der kapitalistischen Wirtschaft doch nicht ganz verschwunden in der deutschen Arbeiterschaft, weder äußerlich noch innerlich, auch wenn er sich als Arbeitnehmer im Großbetrieb betätigen mußte.

Was hier sich entwickelte und später nur zum Teil zerstört werden konnte, war organisch gewachsen in langer Entwicklung. Es wieder zum lebendigen und nicht bloß wirtschaftlichen Dienst an dem Volksganzen, sondern zu einer sittlichen Leistungsfähigkeit emporzuführen, ist der tiefste Sinn des Wortes: Ehret die Arbeit!

# Fundamente neuer Wirtschaft

## Die berufsständische Sozialordnung

**Eine Chefbesprechung der Reichsregierung — das heißt eine Besprechung der beteiligten Minister ohne Teilnahme von Referenten — beschäftigte sich mit der Aufstellung von Richtlinien für eine berufsständische Sozialordnung. An der Besprechung nahm teil: Vizekanzler v. Papen, Reichsarbeitsminister Seldte, Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk, Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister Dr. Hugenberg, Reichsverkehrsminister Freiherr Eltz von Rübenach, der preußische Ministerpräsident Göring und der preußische Finanzminister Professor Popitz.**

Die Umstellung der bisherigen Vertretungen von Landwirtschaft, Industrie und Handel, von Arbeitern, Bauern, Angestellten und Gewerbetreibenden in berufsständische Gliederungen unter gemeinsamer Zusammenfassung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern verlangt naturgemäß eine Neugestaltung der sozialen und der Arbeitsrechtsverhältnisse.

## Reichsstand des deutschen Handels.

Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels.

**Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels faßte in ihrer Mitgliederversammlung den Entschluß, sich mit dem Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels, mit dem Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands und mit dem Centralverband der Handelsvertretervereinigungen Deutschlands zum Reichsstand des deutschen Handels zusammenzuschließen. Führer des Reichsstandes des deutschen Handels ist der Reichsführer des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes Dr. von Renteln.**

**In einer weiteren Entschließung erwartet die Hauptgemeinschaft endlich die Verwirklichung der dringendsten Forderungen des deutschen Einzelhandels, Änderung der Gewerbeordnung, Regelung der Verkaufszeiten sowie eine allgemeine Sperre der Errichtung neuer Verkaufsstellen.**

## Verstärkte Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn

39 Millionen Mark für Elektrifizierung.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn stellt sich in vollem Umfang hinter den von der Reichsregierung verkündeten Grundsatz der Arbeitsbeschaffung. Die Deutsche Reichsbahn hat in den vergangenen Jahren zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Erhaltung der für die Volkswirtschaft wie für die Reichsbahn wichtigen Industrien und Gewerbebetriebe viele Hunderte von Millionen ausgegeben. Sie wird in Zukunft die Arbeitsbeschaffung und Auftragserteilung in verstärktem Umfange fortsetzen.

Schon jetzt konnten mit Hilfe der beteiligten Länder die Mittel beschafft werden für die Elektrifizierung von Strecken in einer Gesamtlänge von 209 Kilometer. Die Aufträge für diese Elektrifizierung im Werte von rund 39 Millionen Mark entfallen zu etwa ⅔ auf die elektrische Industrie und zu etwa ⅓ auf die Eisen-, Lokomotiv- und Wagenbauwerke.

Zu der Loslösung der „Deutschen Bahnspedition“ vom Schenker-Konzern gab der Verwaltungsrat seine Zustimmung. Die Deutsche Bahnspedition betreibt nach wie vor kein Kundengeschäft, sondern verrichtet nur verkehrsorganisatorische und Werbearbeiten für die Reichsbahn.

## Auftragsbelebung durch Arbeitsdienstpflicht.

Im Reichsarbeitsministerium fand eine Besprechung statt, die das im Aufbau befindliche „Wirtschaftsamt für den Arbeitsdienst“ einberufen hatte. Gegenstand der Besprechung, an der die Vertreter der interessierten Verbände der Industrie und des Handwerks teilnahmen, war die Frage der künftigen Beschaffungsorganisation für die Tuchbekleidung der Arbeitsdienstpflichtigen. Oberst a. D. Hierl wies darauf hin, daß die Wirtschaft nicht unerhebliche Vorteile durch die Aufträge für den Arbeitsdienst haben werde. An Stelle der vielen, oft wenig leistungsfähigen Träger des Dienstes im Freiwilligen Arbeitsdienst trete jetzt der Staat; an die Stelle der vielen verschiedenen bisherigen Uniformen und Trachten, die oft in ganz kleinen Mengen abgenommen würden, trete die staatliche Arbeitsdiensttracht, die in steigenden Ziffern in Auftrag gegeben werden würde.

## Große Stiftung für Opfer der Arbeit.

Reichskanzler Hitler ruft dazu auf.

Die ASK. meldet: Reichskanzler Adolf Hitler erläßt folgenden Aufruf:

„Ein denkwürdiger Tag ist vorüber, der erste Feiertag der nationalen Arbeit. In überwältigenden, noch nie dagewesenen Kundgebunggen hat sich das deutsche Volk zur Ehrung der deutschen Arbeit und des deutschen Arbeitertums bekannt. Über ganz Deutschland hin hat dieses wunderbare Bekenntnis in tausendfachen Demonstrationen ergreifenden Ausdruck gefunden.

**Aber dieser historische Tag darf nicht vorbeigehen, ohne daß der elementare Gefühlsausbruch des Volkes auch einen bleibenden Ausdruck findet, und ohne daß dieses ideale Bekenntnis auch seinen materiellen Niederschlag in einer Leistung der Dankbarkeit findet.**

Sieben deutsche Bergarbeiter, Angehörige des Arbeiterstandes, dem das Los der härtesten Arbeit zugefallen ist, sind am Vorabend des 1. Mai einem furchtbaren Unglück zum Opfer gefallen und auf dem Felde der Arbeit geblieben. Witwen und Waisen sind ihrer Ernährer beraubt worden. Der Tod dieser Helden soll der ganzen Nation der Anlaß sein,

**eine Stiftung zu errichten,**

**aus der von jetzt an alle Soldaten der Arbeit, die auf dem Felde des Kampfes um das tägliche Brot fallen, die ausreichende Versorgung ihrer Familien gewährleistet wird. Es darf nicht mehr vorkommen, daß in Zukunft solche Opfer der Arbeit auf die knappen Leistungen der öffentlichen Fürsorge angewiesen sind. Es ist vielmehr eine Ehrenpflicht aller Deutschen, insbesondere aber der begüterten unter ihnen, hier ihr Bestes und Möglichstes zu tun.**

**Ich rufe hiermit zur Errichtung einer Stiftung für die Opfer der Arbeit auf. Aus ihr sollen in Zukunft die Hinterbliebenen aller deutschen Arbeiter, die in ihrem Berufe tödlich verunglückt sind, unterstützt werden. Diese Stiftung kann nicht groß genug sein. Sie muß ein sichtbares Symbol der Ehrfurcht des deutschen Volkes vor der nationalen Arbeit und ein Denkmal der unzerreißbaren Gemeinschaft aller Klassen und Stände untereinander werden.**

Spenden für diese Stiftung können auf das Konto: „Stiftung für Opfer der Arbeit“ bei der Reichs-Kredit-Gesellschaft, Berlin W. 8, Konto Nr. III b 49 eingezahlt werden. Die Verwendung der Mittel wird von einem Ehrenausschuß bestimmt, der sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Walter Schumann, Fritz Thyssen, Dr. Emil Georg von Stauß.

Berlin, den 4. Mai 1933.

Der Reichskanzler. gez. Adolf Hitler.“

## Der Ausbau der Arbeitsfront.

Der D.H.V. hat die Führung der Angestelltensäule.

**Die Pressestelle des Aktionsausschusses zum Schutze der deutschen Arbeit veröffentlicht folgende Mitteilung: „Nach ausgiebiger freundschaftlicher Aussprache zwischen dem Leiter des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit, Dr. Ley, und dem Verbandsvorsitzenden des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Miltzow, erklärt der D. H. V. sich freudig bereit, am Aufbau der Arbeitsfront mitzuarbeiten.“**

Der Vorsitzende des Aktionskomitees, Dr. Ley, hat an den Verbandsvorsitzenden des D. H. V. einen Brief gerichtet, in dem es heißt: „Ich habe mich über die Übereinstimmung der Gedankengänge im Aufbau der Angestelltensäule innerhalb der großen Arbeitsfront gefreut. Es ist mir selbstverständlich und wohl dem gesamten deutschen Volke klar, daß der D. H. V. durch seine mustergültige Organisation und Einrichtung vor allen Angestelltenverbänden den größten Erfolg zu verzeichnen hat. Ich werde als vernünftiger Mensch nicht hingehen und die vom Mißerfolg gekrönte Organisation, etwa des Afa-Bundes, dem vorzüglichen Verbande des D. H. V. aufoktroyieren, sondern im Gegenteil, ich bitte Sie und Ihren gesamten Verband, die Führung in der neuaufzubauenden Angestelltensäule zu übernehmen.“

Nach dem Eintritt des D. H. V. in die deutsche Arbeitsfront gibt das Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit folgende Erklärung heraus:

**„Die deutsche Arbeitsfront steht. Die Reihen der deutschen Arbeiter und Angestellten haben jetzt ein großes unerschütterliches Bollwerk. Die Arbeit beginnt unter der Leitung der nationalsozialistischen Führer zum Wohle des ganzen Volkes und zum Segen der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft für ein freies Deutschland in nationaler Freiheit und sozialistischer Gerechtigkeit.“**

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF